

gung kann am ehesten ein Vorlauf der Auftragseingänge gegenüber der Produktion erwartet werden, der einen Anhaltspunkt für die Konjunkturprognosen geben könnte. Bei Auftragsfertigung haben somit Auftragsbestände eine größere Bedeutung als bei überwiegender Lagerfertigung, die durch größere Fertigwarenlager gekennzeichnet wird. In der angelsächsischen Literatur¹⁾ wird als Kriterium, ob eine Branche dieser oder jener Kategorie zuzurechnen ist, die Relation zwischen Auftragsbestand und Fertigwarenlager angesehen.

Ob überwiegend Lager- oder Auftragsfertigung vorliegt, ist einmal von Branche zu Branche auf Grund der spezifischen Eigenschaften des Produktes (Lagerfähigkeit, Saisonschwankungen, individuelle Nachfrage oder Massenproduktion) verschieden, hängt aber auch von wirtschaftlichen und vor allem konjunkturellen Einflüssen ab.

Die Bedeutung der Auftragsstatistik für die Wirtschaftsforschung hat jedoch noch einen zweiten Aspekt. Das Verhältnis von Angebot zur Nachfrage spielt in der Wirtschaftstheorie, insbesondere der Konjunkturtheorie, eine zentrale Rolle. Empirisch können jedoch meist nur die Ergebnisse dieses Zusammenspiels²⁾ — Umsätze und Preise — nicht aber die Angebots- und Nachfragemengen und -preise beobachtet werden. Oft behilft man sich damit, die tatsächlichen Umsätze — unter der Annahme einer nicht vollen Kapazitätsauslastung — als Näherungswert für die Nachfrage heranzuziehen. Demgegenüber sind die Auftragseingänge ein unmittelbarer Indikator der Nachfrage, auch wenn in der Frage, ob sie vom Auftragnehmer akzeptiert werden, Angebotseinflüsse hereinspielen. Man hat zwischen Nachfrageentstehung als Stromgröße (Auftragseingänge) und der Nachfrage als Bestandsgröße (Auftragsbestände) zu unterscheiden, die die Summe aller unledigten Aufträge in einem bestimmten Zeitpunkt darstellt. Diese Bestandsgröße ist stark von den Lieferkapazitäten abhängig und daher viel mehr angebotsdeterminiert als die Auftragseingänge.

Noch größere Schwierigkeiten wie der Erfassung der Nachfrage stehen einer adäquaten Messung des ver-

fügbaren Angebotes gegenüber. Das Konzept des Potential Output³⁾ setzt voraus, daß zahlreiche methodische Probleme überwunden werden; es läßt sich kurzfristig für rezente Konjunkturdiagnosen kaum anwenden. Überdies müßten in das Angebot auch die verfügbaren Fertigwarenlager einbezogen werden, über die keine laufende Statistik vorliegt. Es ist problematisch, als Ersatz für fehlende Angebotsdaten die tatsächliche Produktion heranzuziehen. Insbesondere bei nicht voller Kapazitätsauslastung enthalten die Produktionswerte starke Nachfrageeinflüsse und demnach die gleichen zyklischen Einflüsse wie die Auftragseingänge. Das Verhältnis zwischen Auftragseingängen als Nachfrageindikator und Produktionswert wird in der österreichischen Statistik Nachfrageintensität genannt: Ist der Quotient größer als 1, dann ist die innerhalb eines Monats anfallende Nachfrage höher als das Angebot, ist er kleiner als 1, dann kommen im Verhältnis zur Produktion weniger Aufträge herein. Für die Konjunkturanalyse ist die Nachfrageintensität nur unter bestimmten Bedingungen von Nutzen. Darauf wird später näher eingegangen.

Auswahl der untersuchten Zeitreihen

Primäres Ziel der Arbeit ist es, die Aufträge auf ihre prognostische Eignung zu analysieren. Es wurden daher in erster Linie die Auftragseingänge untersucht. Bei einem Vergleich der Vorjahrsveränderungsraten der (geglätteten) Auftragseingänge und der Auftragsbestände ergibt sich ein durchschnittlicher Rückstand der Bestände um ein bis zwei Monate. Dagegen verlaufen die Vorjahrsveränderungsraten der Auftragsbestände und der Industrieproduktion weitgehend synchron. Die Untersuchung der Auftragseingänge auf Saisoneinflüsse an Hand der Daten der fünf Jahre 1973 bis 1977 zeigt insgesamt eine zweigipfelige Saison. Die erste Spitze tritt im Frühjahr (März/April), die zweite im Herbst (Oktober/November) auf. Dazwischen liegen Abflachungen im Juli/August und Dezember/Jänner. Für eine systematische Saisonbereinigung sind die verfügbaren Reihen zu kurz. Die Berücksichtigung der Arbeitstage brachte keine signifikante Glättung des Saisonmusters. Erwartungsgemäß spielt die Zahl der Werkstage bei den Auftragseingängen eine geringere Rolle als in der Produktion. Durch die Bildung von Vorjahrsveränderungsraten wurde die Saisonkomponente provisorisch ausgeschaltet. Da Zufallseinflüsse die Reihe noch immer empfindlich stören, wurden die Vorjahrsveränderungsraten durch einen gleitenden Drei-Monatsdurchschnitt geglättet.

¹⁾ G. H. More (ed.): Business Cycle Indicators, Vol. 1, Princeton 1961, daraus: V. Zarnowitz: The Timing of Manufactures Orders During Business Cycles. — V. Zarnowitz: Orders, Production and Investment. National Bureau of Economic Research, Princeton 1973. — D. Belsey: Industry Production Behavior: The Order Stock Distinction. Amsterdam 1969.

²⁾ W. Reichling: Auftragseingang, Auftragsbestände und Nachfrage. Allgemeines Statistisches Archiv, 1966/2, S. 155 ff. Reichling beschäftigt sich (S. 159) mit der Frage der zeitlichen Abgrenzung von Aufträgen und Produktion. Da Termin- und Sofortaufträge in der bestehenden Auftragsstatistik nicht getrennt werden, läuft man Gefahr, das Angebot einer Periode einem Bedarf gegenüberzustellen, der in Wirklichkeit Produktionskapazitäten verschiedener Perioden belastet. Terminaufträge, die erst nach der Berichtsperiode zu erfüllen sind, stellen erst in der Erfüllungperiode Nachfrage dar.

³⁾ Siehe dazu F. Breuss: Potential Output — Ein Beitrag zur Messung gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung und konjunktureller Ungleichgewichte. Empirica 2/75, S. 165.

Übersicht 1

Entwicklung des realen Brutto-Sachanlagevermögens der österreichischen Industrie

	Brutto-Sachanlagevermögen		
	in Mill. S zu Preisen 1964	Index 1955 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
	(jeweils zu Jahresbeginn)	(im Laufe des Jahres)	
1955	70 977	100	3.9
1956	73 760	104	5.3
1957	77 645	109	6.2
1958	82 494	116	6.1
1959	87 506	123	6.0
1960	92 745	131	7.2
1961	99 387	140	7.8
1962	107 107	151	6.5
1963	114 068	161	5.5
1964	120 350	170	5.0
1965	126 357	178	5.1
1966	132 843	187	4.8
1967	139 195	196	4.0
1968	144 738	204	3.4
1969	149 712	211	3.8
1970	155 359	219	5.3
1971	163 576	230	6.8
1972	174 730	246	6.9
1973	186 771	263	5.8
1974	197 575	278	4.9
1975	207 154	292	3.1
1976	213 579	301	3.0
1977	220 011	310	4.5
1978 ¹⁾	229 910	324	4.3
1979 ²⁾	239 900	338	4.3

¹⁾ Vorläufige Schätzung — ²⁾ Prognose

Langfristig bleibt die reale Kapitalproduktivität konstant

In den Jahresdaten der Kapitalproduktivität spiegelt sich zu einem großen Teil die unterschiedliche Kapazitätsauslastung²⁾. Die um den Auslastungsgrad laut Investitionstest bereinigte Reihe der Kapitalproduktivität zeigt nur noch verhältnismäßig schwache Konjunkturschwankungen um einen konstanten Trendwert. Die Restschwankungen scheinen hauptsächlich das Ergebnis mangelhafter statistischer Erfassung zu sein. Einerseits dürften im Investitionstest die jährlichen Veränderungen des Auslastungsgrades unterschätzt werden. Andererseits führte die Stabilität der Abgänge, die sich aus der Annahme konstanter Verteilung der Nutzungsdauer ergibt, zu prozyklischen Schwankungen der Kapitalproduktivität.

Die auf die beschriebene Weise ermittelte trendmäßige reale Kapitalproduktivität bei Vollauslastung beträgt zwischen 1955 und 1976 fast gleichbleibend 0.62 (d. h. bei voller Auslastung der Kapazitäten entspricht die Produktion eines Jahres 62% des jeweils zu Jahresbeginn vorhandenen Kapitalbestandes). Der entsprechende reale Kapitalkoeffizient (= reziproker Wert der Kapitalproduktivität) beträgt 1.6.

²⁾ Die jährlichen Veränderungen der Kapitalproduktivität lassen sich zu rund 60% aus den Veränderungen der Kapazitätsauslastung laut Investitionstest „erklären“

Übersicht 2

Konjunkturelles Absinken der Kapitalproduktivität

Trotz des langsameren Wachstums des realen Brutto-Sachanlagevermögens hat sich das Verhältnis von Produktion zu Kapitalbestand seit 1973 merklich verschlechtert. Im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1973 machte die Produktion eines Jahres (gemessen am Netto-Produktionswert zu Preisen 1964) 53% des jeweiligen Kapitalbestandes zu Jahresbeginn (gemessen am Brutto-Sachanlagevermögen zu Preisen 1964) aus. Die reale Kapitalproduktivität schwankte stark prozyklisch: Sie erreichte 1967 ihren Tiefpunkt (0.49) und 1971 den bisherigen Höhepunkt (0.58). Die Rezession 1975 brachte zwar den stärksten Rückgang innerhalb eines Jahres mit sich (von 0.57 im Jahr 1974 auf 0.50 im Jahr 1975), das Niveau blieb jedoch im Industriedurchschnitt etwas höher als 1967. In einer Reihe von Branchen¹⁾ war allerdings die reale Kapitalproduktivität niedriger als in der Rezession 1967.

¹⁾ Erdölindustrie, Metallhütten, Stein- u. Keramikindustrie, Holzverarbeitung, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Ledererzeugung und -verarbeitung, Bekleidung.

Entwicklung der realen Kapitalproduktivität¹⁾

	Netto-Produktionswert laut VGR in % des Brutto- Sachanlagevermö- gens ¹⁾	Auslastungs- grad laut IT in % der be- triebsübli- chen Vollaus- lastung	Kapitalproduk- tivität bei Voll- auslastung (NPW in % des ausgelasteten Brutto-Sach- anlagevermö- gens) ¹⁾
1955	51.8	85	60.9
1956	54.5	82	66.5
1957	54.7	83	65.9
1958	52.6	82	64.1
1959	52.1	84	62.0
1960	54.6	86	63.5
1961	53.5	85	62.9
1962	51.0	86	59.3
1963	49.9	85	58.7
1964	51.1	85	60.1
1965	51.0	86	59.3
1966	50.9	86	59.2
1967	48.9	83	58.9
1968	50.0	85	58.8
1969	54.2	88	61.6
1970	56.8	89	63.8
1971	58.0	88	65.9
1972	57.8	88	65.7
1973	57.5	89	64.6
1974	56.7	89	63.7
1975	49.8	82	60.7
1976	52.7	85	62.0

¹⁾ Berechnung zu Preisen 1964 Netto-Produktionswert 1955 ohne USA-Erträge

Abweichungen vom exponentiellen Trend 1966 bis 1977

	1974	1975	1976	1977
	Prozent des Trendwertes			
Industrieproduktion	107	93	96	94
Bergbau und Grundstoffe	104	94	98	94
Investitionsgüter	108	95	96	93
Konsumgüter	106	92	95	95
Baugewerbe realer NPW	107	98	94	93
Übernachtungen im Reiseverkehr	99	100	95	92

des Produktionsapparates eher noch vergrößert zu haben. Die Industrieunternehmen schätzten ihre Lage im Jahresdurchschnitt wieder schlechter als 1976 und kaum besser als im Rezessionsjahr 1975 ein. Auf dem Arbeitsmarkt, der auf die Konjunkturbelastung des Vorjahres wie gewöhnlich mit Verzögerung reagierte, besserte sich allerdings noch einige Monate das Verhältnis zwischen Stellenangebot und Arbeitsuchenden; die Anspannung blieb jedoch, abgesehen von vereinzelt Berufsgruppen, viel geringer als vor der Rezession.

Die Auftragsbestände der meisten Industriebranchen waren am Jahresende zu konstanten Preisen kaum höher als ein Jahr zuvor, in den Hüttenwerken, der Maschinen- und der Textilindustrie lagen sie weit unter dem Vorjahresstand.

Die stagnierende oder sinkende Auslastung der österreichischen Wirtschaft bremste die Produktivitätsentwicklung und verschärfte die Ertragslage. Das Nationalprodukt je Erwerbstätigen (gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität) nahm nur um 2 1/2% zu. Dies ist knapp die Hälfte der bisher beobachteten längerfristigen Trendwerte. Auch in der Industrie verlief die Entwicklung der Arbeitsproduktivität nicht rascher. Die Vollbeschäftigung konnte unter diesen Umständen nur aufrechterhalten werden, weil die Beschäftigtennachfrage der Dienstleistungszweige nach wie vor sehr rege war, und weil die Bauunternehmer dank der relativ hohen Investitionsneigung der Wirtschaft gleichfalls ihr Personal verstärkten. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten erhöhte sich um nahezu 2%. Die Arbeitslosigkeit war im Jahresdurchschnitt geringer als im Vorjahr, gegen Jahresende überstieg sie jedoch wieder die Vorjahrswerte.

Entwicklung der Arbeitsproduktivität

	1970/74	1975	1976	1977
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
BNP je Erwerbstätigen	+4.4	-1.6	+4.6	+2.5
Industrieproduktion je Beschäftigten	+4.6	-2.3	+8.7	+2.3
Industrieproduktion je Beschäftigtenstunde	+7.0	+5.8	+8.8	+3.9

Überbordende Inlandsnachfrage

Die Struktur der Endnachfrage hat sich 1977 sehr stark zugunsten der inländischen Komponenten verschoben. Der private Konsum erzielte mit knapp 7%

eine außergewöhnlich hohe reale Zuwachsrate. Das Konsumwachstum wurde weniger aus der Realeinkommensentwicklung — die Masseneinkommen nahmen nach Abzug der Steuern real um wenig mehr als 3% zu — als aus einer starken Verringerung der Sparquote der privaten Haushalte gespeist. Stimuliert wurde die hohe Ausgabenneigung vor allem durch die im Jahre 1977 gehäuft verfügbar gewordenen steuerbegünstigten Sparguthaben und durch die Ankündigung höherer Steuer- und Zollbelastung auf bestimmte dauerhafte Konsumgüter und sonstige Güter des gehobenen Bedarfs.

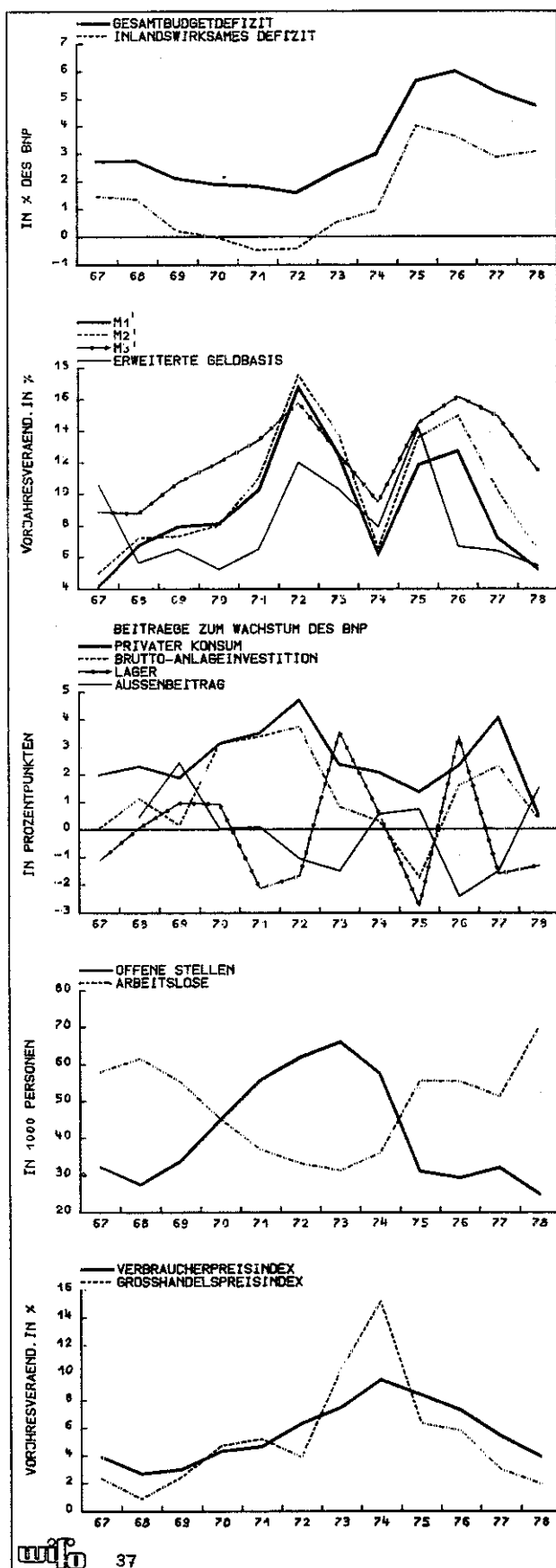
Ähnliche Effekte waren auch bei den Investitionen wirksam: Die Reduktion oder der Wegfall von steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für betriebliche Fahrzeuge zog 1977 abermals, nachdem schon im Jahr zuvor die Käufe real um ein Viertel ausgeweitet worden waren, einen Zuwachs um rund ein Fünftel nach sich. Kräftig zugenommen haben aber auch die Investitionen von Maschinen und Elektrogeräten, wobei allerdings nach den Erhebungen im Investitionstest nach wie vor das Ziel der Rationalisierung gegenüber der Kapazitätserweiterung stark im Vordergrund stand. Der Anteil der Brutto-Anlageinvestitionen am Nationalprodukt wuchs kräftig, die Investitionsquote lag nur noch geringfügig unter dem längerfristigen realen Trend.

Die Lagerbildung war im Jahresdurchschnitt nur etwa halb so groß wie im Vorjahr. In der zweiten Jahreshälfte wurden die Lagerbestände, insbesondere im Handel, wegen der starken Nachfrage, rasch abgebaut. Abgeschwächt hat sich im Laufe des Jahres vor allem die Auslandsnachfrage. Die Exporte trugen 1976 noch rund vier Fünftel zum Wachstum der österreichischen Produktion bei, 1977 ist bei einem realen Exportzuwachs (i. w. S.) ihr Wachstumsbeitrag auf 57% zurückgegangen.

Konsumboom, lebhafte Investitionsgüternachfrage und Exporte hätten einen kräftigen Zuwachs der Inlandsproduktion gesichert, wenn die Einfuhren nicht neuerlich stark zugenommen hätten. Die Importe von Waren und Dienstleistungen wurden real um 8 1/2%

Wachstumsbeiträge der Endnachfragekomponenten
(Beitrag zum Zuwachs des BNP in Prozent der realen Wachstumsrate des BNP)

	1976	1977				
	Jahr	I Qu.	II Qu.	III Qu.	IV Qu.	Jahr
Privater Konsum	46	61	81	160	257	117
Öffentlicher Konsum	6	4	5	10	9	6
Brutto-Anlageinvestitionen	31	32	42	155	109	67
Bauten	6	7	21	45	39	23
Ausrüstungen	25	25	21	110	70	43
Lagerveränderung (einschließlich statistischer Differenz)	65	19	2	-155	-165	-46
Exporte i. w. S.	81	67	19	125	39	57
Importe i. w. S.	-127	-82	-49	-195	-147	-100
Bruttonationalprodukt	100	100	100	100	100	100



resbeginn, stützt das Institut die Prognose der österreichischen Auslandsnachfrage auf folgende Annahme: Das Wachstum des Welthandels wird für 1978 mit real 5%, jenes der österreichischen Auslandsmärkte mit 4% bis 4½% veranschlagt. In OECD-Europa dürfte das reale Brutto-Nationalprodukt um 2½% zunehmen, jenes der Bundesrepublik Deutschland um 3½%. Insgesamt ist also 1978 wieder nur mit einer geringen Wachstumsbelebung zu rechnen, da mit Ausnahme der USA und Japans von den meisten Ländern in den letzten Monaten keine neuen expansiven Maßnahmen gesetzt wurden und die ökonomischen Aufschwungskräfte noch sehr schwach sind.

Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen haben sich seit Herbst 1977 wenig geändert. 1976 und noch Anfang 1977 unterstützte die Wirtschaftspolitik ein kräftiges Wachstum der Inlandsnachfrage, das jedoch zu einem überraschend großen Teil durch Importe befriedigt wurde. Im Ausland schwächte sich zur gleichen Zeit unter anderem aus stabilitätspolitischen Gründen (Inflationsdämpfung, Zahlungsbilanzsanierung) die Nachfrage ab und unsere Exporte stießen daher auf nur wenig expansive Märkte. Die österreichische „Vollbeschäftigungspolitik im Alleingang“ führte in dieser Situation zu erheblichen Ungleichgewichten im Bundesbudget und in der Zahlungsbilanz. Im Laufe des Jahres 1977 schien daher die Einleitung eines auf den Ausgleich von Leistungsbilanz und Budget bedachten Kurses geboten.

Fiskal-, Kredit- und Einkommenspolitik sollen aufeinander abgestimmt werden, um in einem ersten Schritt die Inlandsnachfrage und — so hofft man — damit die Importe zu dämpfen. Der grundsätzliche Kurs der Hartwährungspolitik soll dabei nicht angetastet werden.

Fiskalpolitik: Verschiedene Maßnahmen zielen primär auf eine Verringerung des Budgetdefizits: Neue Einnahmenquellen des Staatshaushaltes wurden erschlossen (Mehrwertsteuersatz von 30% auf Güter des gehobenen Bedarfs, Straßenverkehrsabgabe), die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten eingeschränkt, die Sozialversicherungsbeiträge erhöht und die Tarifkorrektur bei der Einkommensteuer aufgeschoben. Indirekt ergeben sich natürlich Auswirkungen auf die Konjunktur und die Leistungsbilanz. Dies betrifft einmal die Investitionsentscheidungen in den Unternehmungen, wo die Beschränkung der Sozialkapitalbildung und der eingeschränkten Abschreibungsmöglichkeiten von betrieblich genutzten Fahrzeugen die Investitionsneigung verringern könnten. Anfang 1978 hat die Regierung daher ein Programm zur Förderung der privaten Investitionen angekündigt, dessen Durchführungsbestimmungen demnächst fest-

Übersicht 1

Österreichische Energiebilanz 1960 bis 1977

	1960	1965	1970	1976	1977 ¹⁾	1976	1977 ¹⁾
	1 000 t SKE					Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Produktion	10 370 1	11 614 4	11 631 1	10 483 4	11 208 3	- 8 6	+ 6 9
Einfuhr	7 439 9	9 309 7	16 048 3	22 068 5	20 239 3	+ 18 3	- 8 3
Ausfuhr	2 042 8	784 2	923 9	930 4	976 9	- 11 2	+ 5 1
Lager ²⁾	- 449 5	- 684 5	- 598 2	- 596 1	- 492 5		
Brutto-Inlandverbrauch	15 317 7	19 455 4	26 157 3	31 025 4	29 978 2	+ 6 5	- 3 4
Umwandlung	10 251 3	14 074 4	19 088 1	25 590 2	23 926 3	+ 9 4	- 6 5
Erzeugung abgeleiteter Produkte	8 090 7	11 064 7	15 135 3	20 401 3	19 624 2	+ 9 2	- 3 8
Nichtenergetischer Verbrauch ³⁾	271 8	376 9	784 8	996 7	1 077 4	+ 18 1	+ 8 0
Netto-Inlandverbrauch	12 885 3	16 068 8	21 419 7	24 839 8	24 598 7	+ 5 3	- 1 0
Industrie	6 188 6	6 648 9	7 617 6	8 445 7	8 138 0	+ 6 0	- 3 6
Verkehr	2 522 7	3 453 5	4 644 7	5 570 2	5 753 8	+ 2 0	+ 3 3
Kleinverbraucher ⁴⁾	3 186 1	4 665 1	7 588 9	8 942 9	8 870 8	+ 6 8	- 0 8
Übrige Verbraucher ⁵⁾	987 9	1 301 3	1 568 5	1 881 0	1 836 1	+ 5 7	- 2 4

¹⁾ Vorläufige Werte — ²⁾ Einschließlich statistischer Differenz. — ³⁾ Nichtenergetischer Verbrauch energetischer Produkte — ⁴⁾ Haushalte Gewerbe Landwirtschaft Verwaltung Dienstleistungen — ⁵⁾ Sektor „Energie“ und Meß- und Fortleitungsverluste

Übersicht 2

Verbrauchsstruktur

	1960	1965	1970	1976	1977 ¹⁾	1976	1977 ¹⁾
	1 000 t SKE					Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Brutto-Inlandverbrauch							
Kohle	7 634 8	7 308 4	6 784 4	5 827 2	4 835 3	+ 7 0	- 17 0
Erdöl	4 239 5	7 983 3	13 179 8	16 343 8	15 749 0	+ 6 6	- 3 6
Naturgas	1 843 9	2 157 8	3 581 2	5 870 4	5 953 2	+ 13 8	+ 1 4
Wasserkraft	1 599 5	2 005 9	2 611 9	2 896 5	3 351 7	- 6 7	+ 15 7
Andere Brennstoffe				87 5	89 0	+ 3 5	+ 1 1
Insgesamt	15 317 7	19 455 4	26 157 3	31 025 4	29 978 2	+ 6 5	- 3 4
Netto-Inlandverbrauch							
Steinkohle	1 171 5	1 068 2	1 020 4	404 5	360 2	+ 4 1	- 11 1
Braunkohle	2 036 4	1 639 0	1 164 6	723 0	654 9	- 5 5	- 9 4
Koks	2 113 8	2 174 9	2 100 0	1 951 5	1 723 7	+ 2 7	- 11 7
Mineralölprodukte	3 653 0	6 348 5	10 737 4	12 421 1	12 486 7	+ 4 4	+ 0 5
Gas	2 274 2	2 648 6	3 459 0	4 996 3	4 901 9	+ 8 8	- 1 9
Elektrischer Strom	1 636 4	2 189 6	2 938 3	3 986 3	4 100 7	+ 7 1	+ 2 9
Wärme				357 1	370 6	+ 13 0	+ 3 9
Insgesamt	12 885 3	16 068 8	21 419 7	24 839 8	24 598 7	+ 5 3	- 1 0
Gesamtverbrauch ²⁾							
Steinkohle	3 789 2	3 718 1	3 556 4	2 608 1	2 342 4	- 0 5	- 10 2
Braunkohle	3 011 2	2 617 2	2 185 9	2 195 8	1 605 6	+ 16 3	- 26 9
Koks	2 830 0	2 800 8	2 809 9	2 638 0	2 345 6	+ 3 7	- 11 1
Mineralölprodukte	3 950 6	7 227 8	11 752 1	14 486 3	14 213 5	+ 7 1	- 1 9
Rohöl	2 922 1	5 906 7	9 354 2	13 969 8	12 783 0	+ 12 9	- 10 0
Gas	3 239 6	3 503 9	4 406 2	7 845 2	7 870 9	+ 11 7	+ 0 3
Elektrischer Strom	1 728 2	2 257 8	3 026 0	4 073 3	4 145 5	+ 8 1	+ 1 8

¹⁾ Vorläufige Werte — ²⁾ Gesamtverbrauch der einzelnen Energieträger ohne die zur Vermeidung von Doppelzählungen in den Bilanzen notwendigen Korrekturen

Abschwächung des Wirtschaftswachstums in den achtziger Jahren

Prognosen der Energienachfrage sind bedingte Prognosen, d. h., sie gelten unter bestimmten Annahmen. Zu den wichtigsten Prognosebedingungen zählen die Annahmen über die künftige längerfristige Wirtschaftsentwicklung. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen: Für ein Land wie Österreich, mit starker internationaler Wirtschaftsverflechtung, ist die künftige Entwicklung auf den Exportmärkten besonders wichtig. Das Institut rechnet mit einer durchschnittlichen realen Wachstumsrate des Sozialproduktes der OECD-Länder von etwa 4% im Jahr, das

ist deutlich weniger als im Zeitraum 1960 bis 1973 (+ 4 9%), und des Welthandelsvolumens um etwa 7% pro Jahr. Diese Schätzung basiert im wesentlichen auf der Erwartung, daß sich der Wachstumstrend des Produktionspotentials in den Industriestaaten abschwächen wird und Umstrukturierungen die Nachfrage bremsen werden. Das langsamere Wachstum des Produktionspotentials wird vor allem eine Folge der niedrigeren Investitionsquote sein. Die Investitionsneigung wird in den Industriestaaten wegen der ungünstigeren Gewinnerwartungen und der relativen Verteuerung von Produktionsfaktoren (z. B. niedrigerer Reallohn bei gleichqualifizierten Arbeitskräften in den Entwicklungsländern) und Kostenelementen

sunken. Auch das Stellenangebot hat sich im Jahresdurchschnitt gebessert (+9,4%). Sowohl die Arbeitslosigkeit wie das Stellenangebot kamen allerdings bei weitem nicht an die günstigen Zahlen vor der Rezession heran und verschlechterten sich ebenfalls mit fortschreitendem Jahresverlauf.

Neben den langfristigen Unterschieden zwischen Industrie- und Ballungsräumen einerseits und weniger entwickelten Agrargebieten andererseits waren auch 1977 die augenfälligsten regionalen Differenzierungen auf dem Arbeitsmarkt auf die anhaltenden Strukturprobleme im Südosten, in den Bundesländern Steiermark und Kärnten, zurückzuführen. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit bestand aber in der zweiten Jahreshälfte die Tendenz zu einer stärkeren Vereinheitlichung der regionalen Arbeitsmarktentwicklung.

Geringe regionale Unterschiede

Dank dem großen Vorjahresabstand zu Jahresbeginn erhöhte sich die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 1977 in fast allen Bundesländern stärker als im Jahr zuvor. Eine Ausnahme bildet nur Wien (die negative Veränderungsrate in Vorarlberg ist auf Umstellungen in der Statistik zurückzuführen und daher nicht aussagekräftig).

Übersicht 1

Entwicklung der Beschäftigung

	Unselbständig Beschäftigte Ø 1977	Veränderung 1976/77	
		absolut	in %
Wien	791 300	+10 000	+1,3
Niederösterreich	422 600	+10 400	+2,5
Burgenland	59 300	+2 500	+4,5
Steiermark	383 300	+6 400	+1,7
Kärnten	166 500	+1 800	+1,1
Oberösterreich	435 000	+11 600	+2,7
Salzburg	170 700	+5 800	+3,5
Tirol	198 200	+4 800	+2,5
Vorarlberg	110 300	-2 000	-1,8
Österreich	2 737 100	+51 300	+1,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Der Abbruch des Konjunkturaufschwunges machte sich aber auch in der Entwicklung der unselbständig Beschäftigten ab Ende des I. Quartals bemerkbar. Mit geringen zeitlichen Differenzen zwischen den einzelnen Bundesländern verringerte sich der saisonbereinigte quartalsweise Beschäftigtenzuwachs von 0,6% (im Mittel IV. Quartal 1975 bis I. Quartal 1977) auf 0,2% im Mittel der folgenden drei Quartale. Vergleichsweise gering war der Beschäftigtenzuwachs im Jahresdurchschnitt in den auch 1976 langsamer expandierenden Bundesländern Steiermark (+1,7%) und Kärnten (+1,1%). In den anderen Bundesländern war die Ausgangslage günstiger, in der saisonbereinigten Betrachtung ist aber die Abschwächung des

Beschäftigtenzuwachses deutlich zu erkennen. In einzelnen Bundesländern läßt sich vom III. auf das IV. Quartal saisonbereinigt bereits ein Beschäftigtenrückgang feststellen (Tirol -1,5%, Kärnten -0,9%, Wien -0,2%).

Die Tendenz zu stärkeren Zuwächsen der Frauenbeschäftigung hielt auch 1977 an. Dabei besteht ein gewisser Trend zu stärkeren Zuwachsraten in jenen Bundesländern, wo die Frauenbeschäftigung noch einen unterdurchschnittlichen Anteil hat. Auch in Bundesländern mit allgemein höherer Beschäftigungsdynamik ist die Zunahme der weiblichen Beschäftigten kräftiger ausgeprägt.

Ausländerbeschäftigung stark differenziert

Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte war im Jahresdurchschnitt 1977 erstmals seit 1973 höher als im Jahr zuvor. Der Zuwachs um 9,6% geht überwiegend auf die Ausländerbeschäftigung im Dienstleistungsbereich zurück. Die Zahl der Ausländer in der Industrie blieb in Österreich insgesamt praktisch gleich groß wie 1976. In den von der schwachen Industriekonjunktur besonders betroffenen Bundesländern Oberösterreich, Steiermark und Kärnten ging die Ausländerbeschäftigung in der Industrie im Jahresdurchschnitt 1977 weiter zurück. Wenn auch die regionalen Unterschiede in der Entwicklung der Ausländerbeschäftigung stark vom saisonabhängigen Fremdenverkehr bestimmt wurden, deutet sich darin doch bis zu einem gewissen Grad an, daß die Möglichkeit zu wenig genutzt wurde, das zunehmende inländische Arbeitskräfteangebot durch erhöhte regionale Mobilität der Arbeitskräfte nicht nur in Richtung Wien, sondern auch vom Südosten nach Westösterreich in den Arbeitsprozeß einzugliedern. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, daß in den südöstlichen Bundesländern auf Grund des niedrigeren Anteils von Ausländern an den Beschäftigten (Jahresdurchschnitt des Ausländeranteils 1977 in der Steiermark 2,7%, in Kärnten 2,8%) in geringerem Maße Ausländer durch Inländer ersetzt werden können.

Die Zunahme der Ausländerbeschäftigung verringerte sich seit dem II. Quartal in allen Bundesländern mit Ausnahme von Wien und Vorarlberg ziemlich gleichzeitig und parallel zum gesamten Beschäftigungszuwachs. In Oberösterreich, Kärnten und Steiermark nahm die Zahl der Gastarbeiter ab Jahresmitte ab.

In Wien war der Zuwachs mit +13,9% im Jahresdurchschnitt relativ stark, er entfiel zur Gänze auf den nichtindustriellen Bereich. Ausländer mußten hier wohl auch 1977 noch regional fehlendes inländisches Arbeitskräfteangebot ersetzen. Daneben dürfte in Wien ein nennenswerter Teil der von Ausländern besetzten Arbeitsplätze so beschaffen sein, daß sie nur

effektiven Wechselkurs des Schillings), zu erhalten, muß man den reziproken Wert bilden. Wenn die in Schilling ausgedrückten Preise der ausländischen Währungen durchschnittlich um 20% (von 100 auf 80) gesunken sind, dann sind die in ausländischen Währungen ausgedrückten Preise des Schillings im Durchschnitt um 25% (von 100 auf 125) gestiegen.

Was zunächst sehr einfach aussieht, erweist sich bei näherem Zusehen als recht kompliziert. Auch wenn man bloß praktikable Indizes bilden und keine „Theorie der Wechselkursindizes“ entwickeln will, muß man sich mit zwei Problemen auseinandersetzen:

- a) der Wahl des Gewichtungsschemas (des Devisenkorb) und
- b) der Wahl der Devisennotierungen (Schillingpreise je Einheit ausländischer Währungen oder Devisenpreise je Einheit heimischer Währung)

Gewichtungsschema

Das Gewichtungsschema wird bei Preisindizes (und auch bei Volumenindizes) routinemäßig erstellt. Man weiß, wie man gewichten soll (im Falle des Verbraucherpreisindex z. B. dienen als Gewichte die Anteile der verschiedenen Konsumgüter an den Gesamtausgaben eines repräsentativen privaten Haushalts); die Ausgabengewohnheiten der Konsumenten werden in regelmäßigen Abständen erhoben; Unterschiede in den Gewichten beeinflussen das Ergebnis nicht allzusehr, weil keine der vielen im Index enthaltenen Waren einen hohen Anteil an den Gesamtausgaben hat und die Preissteigerungsraten nicht stark streuen. Anders beim Wechselkursindex. Wechselkursindizes können verschiedene Zwecke verfolgen; es ist oft schwierig, ein Gewichtungsschema zu finden, das einem vorgegebenen Zweck gerecht wird; und Gewichtungsunterschiede können das Ergebnis merklich beeinflussen, weil in jedem Devisenkorb einige wenige Währungen mit oft sehr unterschiedlicher Kursentwicklung dominieren. Konkret gesprochen: Die Entwicklung jedes Wechselkursindex wird in hohem Maße davon bestimmt, welches Gewicht man dem Dollar und der DM zuordnet.

Im vorliegenden Fall wird ein Wechselkursindex gesucht, der sich als Indikator für die Entwicklung der *internationalen Wettbewerbsfähigkeit* eignet (Ein anderer möglicher Zweck wäre z. B. die Messung von Rückwirkungen der Wechselkurse auf das heimische Preisniveau). Bei gegebener Struktur hängt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft von den Preisen der heimischen und der konkurrierenden ausländischen Anbieter in nationaler Währung sowie von den Wechselkursen ab. Der Wechselkursindex soll messen, wieweit Wechselkursänderungen zur Verbesserung oder Verschlechterung

der preislichen Konkurrenzfähigkeit beigetragen haben.

Ein Wechselkursindex, der diesen Zielsetzungen entspricht, sollte als Gewichte für die einzelnen Währungen *Reaktionskoeffizienten* enthalten, die angeben, wie stark die internationalen Güter- und Leistungsströme auf eine bestimmte Wechselkursänderung reagieren. Änderungen einzelner Kurse z. B., die den Gesamtindex unverändert lassen, müßten per Saldo auch für die heimische Wirtschaft „wettbewerbsneutral“ sein. Sie dürften nur zu Verschiebungen in der Struktur, nicht aber im Niveau der grenzüberschreitenden Güter- und Leistungsströme führen.

Tatsächlich versuchen einzelne von internationalen Organisationen berechnete Wechselkursindizes (z. B. der bereits zitierte MERM-Index des IMF) diesem Ziel gerecht zu werden, indem sie als Gewichte ausdrücklich Preis- oder Wechselkurselastizitäten verwenden.

Die Schwierigkeiten, einigermaßen brauchbare Reaktionskoeffizienten zu gewinnen, legen indessen nahe, sich mit einfacheren Gewichtungsmodellen zu begnügen, die von der Annahme ausgehen, daß sich die Reaktionskoeffizienten proportional zum *Umfang des Konkurrenzangebotes* verhalten: Wenn ein Lieferland auf einem Markt stärker vertreten ist als ein anderes, dann gebührt seiner Währung auch ein größeres Gewicht. Kursänderungen der DM oder des Dollars sind für die österreichische Wirtschaft eben „wichtiger“ als etwa Kursänderungen des holländischen Guldens oder des belgischen Frankens³⁾.

Das hier verwendete *Gewichtungsmodell* läßt sich wie folgt ableiten: In einer Referenzperiode werden von einzelnen Ländern (Lieferländern) international handelbare Güter und Leistungen in bestimmten Mengen und zu bestimmten Preisen teils im Inland und teils im Ausland (Bezugsländer) abgesetzt. Um die zunächst in nationalen Währungen ausgedrückten Werte vergleichen zu können, werden sie mit Hilfe von Wechselkursen auf eine einheitliche Währung umgerechnet. Die Summierung über alle Lieferländer ergibt das Gesamtangebot (ohne Österreich) an international handelbaren Gütern und Leistungen.

Betrachtet man den Weltmarkt als eine Einheit, dann kann der Anteil jedes einzelnen Lieferlandes am Weltangebot als Gewicht für die Maßziffern der einzelnen Wechselkurse verwendet werden. Solche Gewichtungssysteme, die von manchen ausländischen Wechselkursindizes verwendet werden, verleihen dem Dollar ein sehr hohes Gewicht. Sie sind als Konkurrenzindikator für die österreichische Wirtschaft wenig geeignet, weil sich das Warensortiment der

³⁾ Auf die preis- und produktionstechnischen Annahmen, die hinter dieser Aussage stehen, kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden.

holprozeß in den nächsten Jahren verlangsamen sollte, ist die Annahme berechtigt, daß Österreich auf dem deutschen Markt spätestens Mitte der achtziger Jahre etwa die gleiche Position erreichen wird wie Ende der fünfziger Jahre, d. h. vor Beginn der west-europäischen Integration. Der Anteil der BRD an der österreichischen Ausfuhr hat 1977 mit 26% den Anteil des Jahres 1959 bereits überschritten

Auswirkungen der Integration

Der Zollabbau seit 1973 hat es Österreich und den anderen EFTA-Staaten (einschließlich Großbritannien und Dänemark) ermöglicht, in der BRD billiger als zuvor anzubieten (bzw. kosten- und wechselkursbedingte Preissteigerungen leichter abzufangen). Das ließ Marktanteilsgewinne erwarten⁵⁾. Alle EFTA-Staaten (ausgenommen Schweden) konnten in der Integrationsperiode 1972/1977 ihre Marktstellung in der BRD tatsächlich verbessern. Die deutlichen Auswirkungen der Integration überraschen allerdings insofern etwas, als sie in eine Periode starker Änderungen im Wechselkursgefüge und hoher Inflationsraten fielen.

Österreich konnte nach Großbritannien die höchsten Marktanteilsgewinne in der BRD erzielen (+20%). Weit höhere Positionsgewinne erreichten Fertigwaren⁶⁾, wo Österreich nach Portugal am besten von allen EFTA-Ländern abschnitt (+34%).

Die überdurchschnittlichen österreichischen Wettbewerbserfolge bei Fertigwaren widerlegen die mitunter geäußerte Befürchtung, daß der Zollabbau eher den österreichischen Exporten von Rohstoffen und Halbfertigwaren zugute kommen könne — die in den

⁵⁾ Der Verbesserung der Wettbewerbsposition in der BRD und anderen EG-Ländern stand eine Verschlechterung in den EFTA-Staaten und auf dem Inlandsmarkt gegenüber.

⁶⁾ Die Vervielfachung der Erdölpreise hat im allgemeinen den Marktanteil der Industriestaaten zugunsten der OPEC verringert.

Übersicht 3

Marktanteile¹⁾ der EFTA-Staaten in der BRD 1972 und 1977 (Spezialhandel)

	Alle Waren			Fertigwaren		
	1972	1977	Index 77 1972 = 1	1972	1977	Index 77 1972 = 1
	in %			in %		
Österreich	2 06	2 59	1 26	2 76	3 71	1 34
ohne elektrischen Strom		2 47	1 20			
Schweiz	2 88	3 35	1 16	4 31	5 17	1 20
ohne elektrischen Strom		3 24	1 13			
Schweden	2 48	2 06	0 83	2 56	2 63	1 03
Norwegen	1 13	1 19	1 05	0 67	0 47	0 70
Finnland	0 77	0 83	1 08	0 90	1 00	1 11
Portugal	0 24	0 26	1 08	0 18	0 36	2 00
Großbritannien	3 55	4 44	1 25	4 80	5 79	1 21
Dänemark	1 30	1 51	1 16	1 23	1 35	1 10

¹⁾ Anteile an den Importen der BRD

sechziger Jahren auf dem deutschen Markt besonders große Verluste erlitten hatten⁷⁾ — und daher den Strukturwandel verlangsamen würde. Eine weitere Analyse⁸⁾ zeigt allerdings, daß Österreich eher bei einfacheren Fertigwaren erfolgreich war und daß ein Durchbruch bei hochentwickelten, „intelligenten“ Produkten nur zum Teil gelang. Bei einfacheren *Vor-erzeugnissen* (auf sie entfallen etwa 20% der deutschen Einfuhr aus Österreich) konnte Österreich seinen Marktanteil von 1972 bis 1977 besonders stark, um 42%, ausweiten. In dieser Warengruppe haben sich vor allem die österreichischen Exporteure von Eisenblechen sowie von Stab- und Formeisen (Marktanteilsgewinne von 92% und 63%) gut behauptet, die Exporteure von Papier hingegen erreichten nur einen Marktanteilsgewinn von 5%; Papier zählte zu den „sensiblen Produkten“ der österreichischen EG-Verträge mit verlangsamtem Zollabbau und Mengenregulierung.

⁷⁾ Vgl. hierzu näher „Der Export als Wachstumsmotor“ a a O

⁸⁾ Es stand nur eine Warenklassifikation nach den „Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft“ zur Verfügung, die es in der österreichischen Statistik in dieser Form nicht gibt.

Übersicht 4

Österreichs Marktanteil in der BRD nach Warengruppen 1972 bis 1977 (Spezialhandel)

	1972	1973	1974	1975	1976	1977	Index 77 1972 = 1
	in %						
Ernährung	0 40	0 34	0 41	0 47	0 48	0 50	1 25
Rohstoffe	0 71	0 64	0 42	0 45	0 46	0 49	0 69
ohne Erdöl	1 33	1 23	1 26	1 31	1 36	1 50	1 13
Halbwaren	2 45	1 94	1 51	1 41	2 28	2 68	1 09
ohne elektrischen Strom	2 45	1 94	1 51	1 41	1 56	1 85	0 76
ohne elektrischen Strom Erdgas u. Kraftstoffe	3 17	2 79	2 29	2 37	2 66	3 19	1 01
Fertigwaren	2 77	2 93	2 93	3 17	3 39	3 71	1 34
davon Vorerzeugnisse	2 76	2 74	3 07	3 49	3 51	3 91	1 42
Enderzeugnisse	2 77	3 01	3 22	3 06	3 35	3 63	1 31
Insgesamt	2 06	2 03	1 96	2 06	2 32	2 59	1 26
ohne elektrischen Strom	2 06	2 03	1 96	2 06	2 21	2 47	1 20

der DM hat gemeinsam mit den gegenläufigen Bewegungen des Dollars und des Schweizer Frankens den effektiven Wechselkurs des Schillings relativ stabil gehalten.

Neuberechnung des effektiven Schillingkurses

Das Institut hat sein Verfahren zur Berechnung des effektiven Wechselkurses des Schillings umgestellt¹⁾ Die Ergebnisse nach der neuen Berechnungsmethode unterscheiden sich zwar nicht gravierend von den bisher verwendeten Indizes, doch ist das neue Verfahren indextheoretisch fundiert und bringt verschiedene Vorteile in der praktischen Handhabung. Bedauerlicherweise wurden im zitierten Aufsatz in zwei Übersichten sinnstörend Zahlen vertauscht. Die Übersichten 4 und 3 werden an dieser Stelle nochmals in korrigierter Form präsentiert.

Nach dem Gesamtindex war der effektive Wechselkurs des Schillings im August etwa so hoch wie im Jahresdurchschnitt 1977. Von Jahresbeginn 1978 bis April ergab sich ein geringfügiger Aufwertungseffekt,

¹⁾ Siehe hierzu H. Seidel: Der effektive Wechselkurs des Schilling Monatsberichte 8/1978

Zusammenfassung der Gruppenindizes 1970

	Gewichte in %		
Industriewaren			
Exporte ¹⁾ in 13 Industrieländer	71 87		
Exporte ¹⁾ nach Osteuropa und in Entwicklungsländer	28 13		
Exporte ¹⁾ insgesamt	100 00	36 37	
Inlandsabsatz ²⁾		63 63	
Industriewaren insgesamt		100 00	82 58
Ausländer-Fremdenverkehr ³⁾			17 42
Insgesamt	100 00		

¹⁾ Exporte SITC 5—8: die Exporte in sonstige Länder (6,35%) wurden proportional auf die beiden erfaßten Gruppen aufgeteilt — ²⁾ Brutto-Produktionswert 1970 für Industrie und Gewerbe abzüglich Bergbau Erdölindustrie sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Vom Rest wurden ebenso wie bei ausländischen Bezugsmärkten zwei Drittel als international gehandelte Güter eingestuft — ³⁾ Erlös laut Institutsberechnung

seither hat der Schilling im Vergleich zum Durchschnitt der Auslandswährungen um etwa 2% nachgegeben, worin sich vor allem die Entwicklung des Frankenkurses spiegelt

Weiterhin günstige Entwicklung der Zahlungsbilanz

Die offiziellen *Währungsreserven* der Oesterreichischen Nationalbank haben zwischen Jahresbeginn 1978 und Mitte September um 11,4 Mrd. S (ohne liquiditätsstützende Transaktionen zum Jahreswech-

Verflechtung des internationalen Tourismus 1970

(Gewichtungsmatrix)

Zielländer	Herkunftsländer								Erweiterte ¹⁾ Fremdenver- kehrsgewichte Österreichs
	USA	BRD	Großbritan- nien	Frankreich	Belgien	Niederlande	Schweden	Schweiz	
	Marktanteil der Zielländer in %								
BRD	8 3	34 5	5 8	3 6	5 7	13 9	9 2	6 0	25 0
Großbritannien	41 6	3 5	—	24 3	10 3	13 0	24 2	21 0	10 7
Frankreich	14 1	8 8	21 8	—	44 1	22 9	7 3	28 0	12 9
Italien	17 4	24 4	13 7	16 6	10 4	13 9	14 6	24 0	21 9
Schweiz	7 6	14 5	8 1	11 4	11 7	9 9	7 9	—	11 7
Jugoslawien	1 0	5 1	3 5	2 8	2 0	4 7	3 7	3 5	4 2
Spanien	10 0	9 2	47 1	41 3	15 8	21 7	33 1	17 5	13 6
Insgesamt	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0
	Verteilung des österreichischen Ausländer-Fremdenverkehrs (direktes Gewicht)								
	12 6	64 1	5 5	1 4	1 6	5 4	1 4	8 0	100 0

¹⁾ Unter Berücksichtigung von Drittmarkteffekten

Indizes der effektiven Wechselkurse des Schillings

	Export in 13 In- dustrieländer	Export nach Osteuropa und in Entwick- lungsländer	Export insge- samt	Industriewaren Inlandsabsatz	Gesamtabsatz	Ausländer- Fremdenver- kehr	Insgesamt
	1970 = 100						
Ø 1977	126 93	141 82	130 95	117 14	121 99	147 24	126 05
1978 Jänner	128 41	145 41	132 98	116 81	122 45	151 32	127 05
Februar	129 30	147 56	134 19	117 13	123 07	152 81	127 80
März	130 30	148 39	135 15	117 61	123 71	154 04	128 52
April	130 44	147 44	135 02	117 77	123 77	154 00	128 58
Mai	129 20	145 51	133 60	117 22	122 93	152 49	127 63
Juni	128 88	144 78	133 17	116 85	122 54	151 72	127 19
Juli	128 01	143 14	132 10	116 00	121 62	150 16	126 17
August	128 02	143 32	132 15	115 69	121 42	149 77	125 94

Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland im kommenden Jahr $3\frac{1}{2}\%$ betragen wird. Für ganz Westeuropa ist ein Wachstum von 3% zu erwarten. Die amerikanische Konjunktur wird sich voraussichtlich eher abschwächen, weil die Politik der Inflationsbekämpfung wieder mehr Gewicht beimessen dürfte. Ein reales Wachstum von $2\frac{1}{2}\%$ bis 3% erscheint jedoch in den USA erreichbar.

Das Volumen des Welthandels wird unter diesen Annahmen ebenso wie das des Intra-OECD-Handels um 5% bis $5\frac{1}{2}\%$ zunehmen. Eine leichte Erhöhung der Erdölpreise, die die durch den Kurssturz des Dollars verursachten Kaufkrafteinbußen der OPEC abgelten soll, erscheint derzeit wahrscheinlich, wird sich aber auf die Inlandspreise von Ölprodukten voraussichtlich nicht nennenswert auswirken.

Die konjunkturpolitische Szenerie

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft hat im bisherigen Verlauf des Jahres 1978 insgesamt positiv überrascht. Die Nachfrageexpansion, vor allem bei den privaten Haushalten, wurde wie angestrebt gebremst, und zwar stärker als erwartet, doch hat darunter die Vollbeschäftigung der Inländer kaum gelitten. Die Leistungsbilanz hat sich rascher gebessert, als allein auf Grund der vorübergehenden Vorzieheffekte bei dauerhaften Konsumgütern und Investitionsgütern zu erwarten war. Vor allem gelang es aber den österreichischen Exporteuren, ihre Marktanteile auf ausländischen Märkten bei an sich nur mäßiger konjunktureller Nachfrageexpansion zu steigern. Trotz des Festhaltens an der Hartwährungspolitik ist der Kurs des österreichischen Schillings gegenüber dem gewogenen Mittel der Währungen der Haupthandelspartner seit Ende 1977 annähernd stabil geblieben, so daß von dieser Seite kein zusätzlicher Druck auf die Exportwirtschaft ausging. Die Lohnabschlüsse im Frühjahr lagen deutlich unter jenen der letzten Lohnrunde, doch werden infolge der geringen Produktivitätserhöhung, vor allem in der Industrie, die Arbeitsstückkosten im Jahresdurchschnitt zweifellos steigen. Nicht zuletzt hat sich auch der Preisauftrieb im Inland weiter abgeschwächt.

Für die Prognose sind an diesem im allgemeinen günstigen Bild dennoch einige Einschränkungen angebracht: Was die Handelsbilanz betrifft, so deutet einiges darauf hin, daß die Besserung in Zukunft zumindest nicht mehr so rasch fortschreiten wird wie bisher. Die relativ niedrigen Importe des 1. Halbjahres sind überwiegend auf die schwache inländische Nachfrage und nur zum kleineren Teil auch auf eine vielleicht anhaltende Nachfrageverlagerung zugunsten inländischer Produkte zurückzuführen. Eine Wiederbelebung der heimischen Nachfrage könnte somit auch den Importbedarf wieder rasch steigern.

Auf der anderen Seite waren die mengenmäßig kräftig gestiegenen Exporte offenbar nur um den Preis sinkender Ertragsmargen möglich, die sich kaum auf die Dauer aufrechterhalten lassen, außerdem dürfte ein Teil der Vorproduktausfuhr auf Grund vorübergehender Lagerdispositionen nachgefragt worden sein. Die günstige Beschäftigungslage der Gesamtwirtschaft ist überwiegend eine Folge der noch immer rasch wachsenden Arbeitskräftenachfrage im tertiären Sektor und eines Abbaus der ausländischen Arbeitskräfte.

Die angestrebte Eindämmung des Defizits des Bundeshaushalts ist unter diesen konjunkturellen Vorzeichen äußerst schwierig. Im kommenden Jahr ist daher mit einem Bruttodefizit in der gleichen Größenordnung wie das Ergebnis des laufenden Jahres zu rechnen. Die Inflationsrate wird nicht mehr so rasch zurückgehen wie in den letzten Jahren, weil die angenommene Nachfragebelebung im In- und Ausland zumindest sektoral wieder Preissteigerungen auslösen könnte, weil darüber hinaus eine eventuelle Kürzung der Preisstützungen sowie Tarifierhebungen die Verbraucherpreise erhöhen müßten und außerdem Aufwertungseffekte, die in den letzten Jahren die Importgüter verbilligten, kaum mehr das bisherige Ausmaß erreichen dürften.

Eine neuerliche Verschlechterung der Handelsbilanz ist jedenfalls nicht auszuschließen, sobald die Vorzieheffekte ausgelaufen sind und sich die inländische Nachfrage wieder belebt. Dies und die schlechte Ertragslage, vor allem der exportorientierten Unternehmen, wird es vermutlich angezeigt sein lassen, die generell restriktive wirtschaftspolitische Linie fortzusetzen.

Eine ernst zu nehmende Wirtschaftsprognose muß versuchen, sich über die künftige Lohnentwicklung ebenso wie über die noch nicht konkretisierte Budget- und Geldpolitik realistische Vorstellungen zu machen. Sie kann sich in diesem Punkt nur beschränkt auf ökonometrische Verhaltensgleichungen verlassen, weil deren Parameter im allgemeinen aus dem langjährigen Durchschnitt gewonnen werden und somit der aktuellen konjunkturpolitischen Situation nicht voll entsprechen. Wenn keine verbindlichen politischen Absichtserklärungen vorliegen, bleibt dem Prognostiker nur der Ausweg eigener wirtschaftspolitischer Annahmen. Diese sollten jedoch nicht als Präjudiz für die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker mißverstanden werden.

Wir gehen davon aus, daß die neue Lohnrunde — die mit den derzeit laufenden Verhandlungen über die Forderungen der öffentlich Bediensteten eröffnet wurde, für wichtige Arbeitnehmergruppen jedoch erst gegen Mitte 1979 wirksam werden wird — abermals zu niedrigeren Tarifsteigerungen führen wird als die

Spanne der Beschäftigungsveränderungen im produzierenden und Dienstleistungssektor während der Rezessionsphasen

Rezessionsphase	Industrie	Gewerbe und Bau	Dienstleistungen		Spanne	
	absolut in 1 000	In %	Beschäftigungsveränderung im Jahresdurchschnitt absolut in 1 000	in %	absolut in 1 000	in %
	(1)		(2)		(2 - 1)	
1958/59	+ 8 4	+ 0 7	+ 27 6	+ 3 2	+ 19 2	+ 2 5
1962/63	+ 1 1	+ 0 1	+ 18 6	+ 1 9	+ 17 5	+ 1 8
1967/68	- 33 5	- 2 7	+ 16 0	+ 1 5	+ 49 5	+ 4 2
1974/75	- 23 8	- 1 9	+ 49 9	+ 3 8	+ 73 7	+ 5 7

Q: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen

Die Wachstumsdifferenzen schwanken allerdings erheblich. Die Beschäftigung in den beiden Sektoren hängt ebenso wie Produktion und Leistung in sehr unterschiedlichem Maß von der Konjunktur ab. Die Dienstleistungen sind im allgemeinen viel konsumnäher und daher Nachfrageschwankungen weniger ausgesetzt oder — wie die Leistungen der öffentlichen Hand — von der Konjunktur überhaupt unabhängig. Die Produktion dagegen umfaßt auch konsumferne Bereiche wie Grundstoffe, Vormaterialien und Investitionsgüter und schwankt zyklisch viel stärker. Daher variieren die Veränderungsrate der Beschäftigung in der Produktion viel mehr als in den Dienstleistungen. Im tertiären Sektor beträgt der Variationskoeffizient zwischen 1957 und 1977 $V = 0,4\%$, im sekundären $V = 4,0\%$.

Allein daraus folgt, daß bei gegebenem Trend die Beschäftigung im Dienstleistungssektor in Rezessionsphasen abgeschwächt weiter expandiert, wogegen

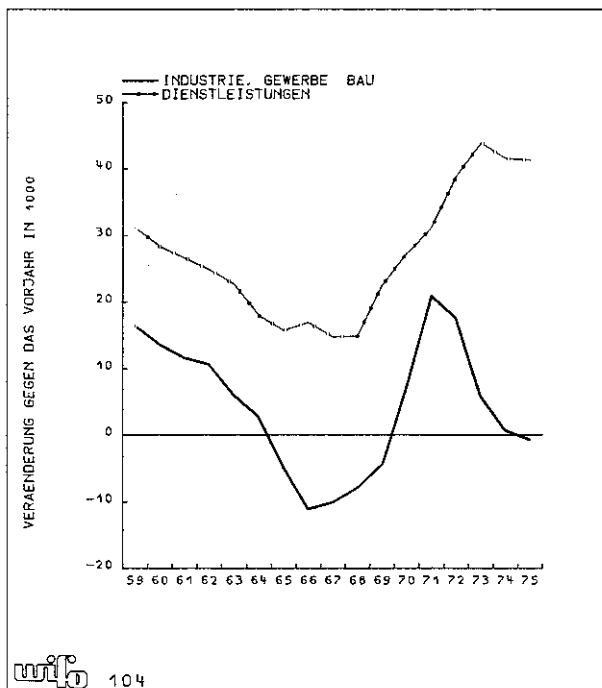
sie in der Produktion stagniert oder zurückgeht. Das gilt für alle Abschwächungen seit der Währungsstabilisierung, wie 1958/59, 1962/63, 1967/68 und 1974/75. Nur hat sich die Spanne zwischen den Beschäftigungsreaktionen beider Sektoren — nicht wie zu erwarten — allmählich, sondern sprunghaft ausgeweitet. Betrug sie im Durchschnitt der ersten beiden Rezessionsphasen 19 200 und 17 500, so erreichte sie in der letzten Rezession 73 700. Die Ursache für die Vergrößerung der Spanne liegt hauptsächlich im Wachstum der Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Berechnet man die Trendentwicklung mit Hilfe eines gleitenden Fünfjahresdurchschnittes, dann zeigt sich seit Mitte der siebziger Jahre eine Schere in der Entwicklung beider Sektoren.

Worauf ist nun dieses bereits im letzten Zyklus verstärkte Beschäftigungswachstum zurückzuführen? Wesentlich war zunächst die Steigerung der Wertschöpfung im tertiären Sektor. Im Zyklus 1968/75 erreichte sie einen höheren Durchschnittswert als in den sechziger Jahren (+ 4,9%)⁵⁾; dadurch verringerte sich der Abstand zur Wertschöpfung des produzierenden Sektors. Weiters wurde die Nachfrage nach Arbeitskräften auch durch Arbeitszeitverkürzungen stimuliert. 1970 ist die Normalarbeitszeit um zwei Stunden auf 43 Wochenstunden verringert worden, 1972 um eine weitere Stunde und 1975 abermals um zwei Stunden auf 40 Wochenstunden. Angesichts des langsameren Produktivitätswachstums im tertiären Sektor führen Arbeitszeitsenkungen zu größeren Beschäftigungsausweitungen als im produzierenden Sektor. Im Durchschnitt des Zyklus 1968/1975 ging daher die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften im tertiären Sektor auf das Wachstum der Leistung und auf die Arbeitszeitreduktion zurück. Allerdings täuschen die für den ganzen Zyklus berechneten Werte insofern, als bereits 1975 ein Entwicklungsbruch eintrat.

Vor allem auf Grund eines steilen Wachstumsrückganges im Handel sank 1975 die Zuwachsrate der Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen auf 1,7% real, den niedrigsten Wert der Nachkriegszeit.

Beschäftigungsveränderungen im produzierenden und Dienstleistungssektor 1957 bis 1977

(Gleitender Fünfjahresdurchschnitt)



⁵⁾ Sämtliche Leistungsdaten entstammen der revidierten Volkseinkommensrechnung (Zwischenrevision 1977)

Alters und geminderter Arbeitsfähigkeit) nach der Höhe des Arbeitsverdienstes in einem bestimmten Zeitraum (Bemessungsgrundlage) sowie nach der Zahl der Versicherungszeiten. Die Hinterbliebenenpensionen bestimmen sich nach einem Prozentsatz der Direktpensionen, von denen sie sich ableiten.

Um einerseits die Kaufkraft der Pensionen zu erhalten und andererseits die Realeinkommensentwicklung der Pensionisten jener der Aktiven anzugleichen, wurde 1966 die jährliche Pensionsanpassung eingeführt. Der jährliche Anpassungsfaktor orientiert sich an der Steigerungsrate der Verdiensteinkommen der aktiven Versicherten mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa eineinhalb Jahren.

Die Mittel der Pensionsversicherung werden zum überwiegenden Teil durch Beiträge der Versicherten aufgebracht. Sie berechnen sich als Prozentsatz des Erwerbseinkommens, ab einem bestimmten Einkommensniveau (Höchstbeitragsgrundlage) bleibt aber der Betrag konstant. In der Pensionsversicherung der Unselbständigen teilt sich die Beitragspflicht auf Dienstgeber und Dienstnehmer²⁾.

Die Finanzierung des österreichischen Pensionssystems beruht grundsätzlich auf dem Umlageprinzip. Bei diesem wird der Pensionsaufwand jeder Periode durch Beiträge der Aktiven aus dieser Periode gedeckt. Es wird dadurch vermieden, daß hohe Kapitalbeträge zur Deckung der individuellen Pensionsansprüche akkumuliert und über die Zeit transferiert werden müssen — wie dies etwa bei dem von vielen Privatversicherungen angewendeten „Anwartschaftsdeckungsverfahren“ der Fall ist. Statt dessen beruhen beim Umlageverfahren die Leistungsansprüche auf dem Prinzip der Solidarität zwischen den Generationen der Erwerbstätigen und der Pensionisten. Dies impliziert auch, daß Aufwendungen und Erträge der Pensionsversicherung in jeder Periode einander entsprechen.

Neben den Versicherten trägt die öffentliche Hand die Finanzierung der Pensionsversicherung. Ihr fällt die Ausfallhaftung zu: Gebarungsdefizite der einzelnen Versicherungsträger werden aus Mitteln des Bundesbudgets abgedeckt. Daneben trägt der Bund den Aufwand einzelner Versorgungsleistungen, wie z. B. Ausgleichszulagen (d. s. Zuschußbeträge in jenen Fällen, in denen die Pension aus eigener Versicherungsleistung nicht die Mindestpension erreicht).

Bestimmungsgründe der finanziellen Entwicklung

Für die finanzielle Entwicklung der Pensionsversicherung ist die *Altersstruktur der Bevölkerung* von großer Bedeutung: Einmal wegen des hohen Anteils der Alterspensionen am gesamten Pensionsaufwand und zweitens auf Grund des „Generationenvertrages“ nach dem Umlageprinzip. Indirekt werden auch die Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit und die Hinterbliebenenpensionen vom Altersaufbau der Bevölkerung beeinflusst. Von besonderem Interesse ist das Verhältnis der Bevölkerung im Pensionsalter zur Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, d. i. die demographische Altersbelastungsquote. Eine größere Zahl von Personen im Pensionsalter wird ceteris paribus größere finanzielle Lasten für die Erwerbsfähigen bringen, die durch Beiträge und Steuern für den Unterhalt der Pensionisten aufkommen müssen. Wenn auch die demographische Struktur nicht direkt die Belastungsverhältnisse in der Sozialversicherung bestimmt, so gibt sie hierfür doch die äußere Rahmenbedingung.

Die tatsächliche Pensionsbelastung wird von der *Relation aktiver Versicherter zu Pensionsbeziehern* bestimmt. Die Zahl der aktiven Versicherten hängt weitgehend vom gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsniveau ab, da in der Regel eine unselbständige Beschäftigung bzw. eine selbständige Erwerbstätigkeit die Pensionsversicherungspflicht begründen. Die Zahl der effektiven Pensionsbezieher hängt wesentlich von den institutionellen Leistungsvoraussetzungen des Pensionssystems ab. Das Beschäftigungsniveau wird auf der Angebotsseite durch die Produktionsentwicklung beeinflusst, wobei von der Nachfrage gewisse Rückwirkungen auf das Angebot ausgehen. Steigende Beschäftigungszahlen — etwa auf Grund eines Wirtschaftsaufschwunges — bedeuten ceteris paribus eine sinkende Pensionsbelastung der Aktiven. Darüber hinaus bewirkt eine Anspannung des Arbeitsmarktes, daß Erwerbstätige, die das Pensionsalter erreichen, den Übertritt in den Ruhestand hinauszögern und weiter aktiv bleiben. Dadurch wird die Pensionsversicherung ebenfalls temporär entlastet. Umgekehrt ist ein Rückgang der Beschäftigung in der Regel mit einem Anstieg der Belastungsquote verbunden.

Übersicht 2

Leistungen der Pensionsversicherung¹⁾ 1976

	Zahl der Leistungs-fälle		Leistungsaufwand	
		%	Mill. S.	%
Alterspension	606 843	44,4	30 069	56,7
Erwerbsunfähigkeitspension	275 190	20,1	10 120	19,1
Witwenpension	411 767	30,1	12 021	22,6
Waisenpension	73 102	5,4	838	1,6
Insgesamt	1 366 902	100,0	53 048	100,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Umfaßt nur die Versicherungsträger der Arbeiter, Angestellten, gewerblichen Wirtschaft und Bauern.

²⁾ In der Pensionsversicherung der Selbständigen leistet der Bund eine Art Äquivalent eines „Arbeitgeberbeitrags“ aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer bzw. aus Abgaben von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.

potential durch die inlandwirksamen Ausgaben stärker in Anspruch als in den vorangegangenen Jahren. Verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1975/1977 (26,4%) ist die Inanspruchnahme 1978 um fast 1 Prozentpunkt höher (27,3%). Der Zuwachs der Ausgaben, bezogen auf das Produktionspotential, ist fast so groß wie im Rezessionsjahr 1975. Der inlandwirksame Saldo wird 1978 nicht nur absolut, sondern auch gemessen am Produktionspotential wieder stark steigen und nur geringfügig unter dem Anteil von 1975 liegen⁴⁾.

Der Bundeshaushalt 1978 dürfte daher stark expansiv wirken, wobei die Einflüsse von den Ausgaben ausgehen und erst durch den Budgetvollzug bewirkt werden. Diese Effekte werden jedoch zu einem erheblichen Teil durch automatische Wirkungen verursacht.

Bundeschvoranschlag 1979 leicht restriktiv

Die Auswirkungen des Bundesvoranschlages 1979 müssen daher im Vergleich zu den stark expansiven Effekten des Bundesvoranschlages 1978 beurteilt werden. Es läßt sich daraus erkennen, welche Wirkungen vom Budget im kommenden Jahr ausgehen, unter der Annahme, daß es gelingt, den Voranschlag einzuhalten⁵⁾.

Im kommenden Jahr wird trotz der Lohn- und Einkommensteuersenkung auf Grund der Auswirkungen diskretionärer Maßnahmen, die 1977/1978 in Kraft traten, damit gerechnet, daß die Einnahmen, bezogen auf das Produktionspotential, überproportional steigen.

Übersicht 3

Potential Output und Bundeshaushalt

	Inland- wirksame Ausgaben	Inland- wirksame Einnahmen	Steuern brutto	Steuern netto
	Anteil am Potential Output in %			
Ø 1970/74	24,4	24,2	22,4	14,4
1975	26,6	22,8	21,7	13,6
1976	26,6	23,1	21,5	13,6
1977	26,0	23,3	21,7	13,9
1978 ¹⁾ Schätzung	27,3	23,8	22,3	14,1
1979 ¹⁾ BVA	27,0	24,0	23,1	14,7

¹⁾ Die Umstellung von Kinderabsetzbeträgen zu Familienbeihilfen und die Aufhebung der Selbstträgerschaft für Familienbeihilfen der Bahn und Post sind berücksichtigt.

⁴⁾ Der Anteil des inlandwirksamen Saldos am Produktionspotential erreichte 1975 3,8%; er fiel 1976 auf 3,5% und 1977 weiter auf 2,8%. 1978 steigt er wieder auf 3,5%.

⁵⁾ Es läßt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt (Mitte November) nicht abschätzen, wie sich der Budgetvollzug 1979 entwickeln wird. Der in dieser Untersuchung verwendete Vergleich ermöglicht es in jedem Fall, die Wirkungen des Voranschlages von jenen des Vollzugs zu trennen. Eine Gegenüberstellung von zwei Voranschlägen wäre hingegen für eine Beurteilung nicht geeignet, weil sich bereits deutlich abzeichnet, daß der Voranschlag des laufenden Jahres durch den Vollzug modifiziert wird.

gen. Die Entzugseffekte nehmen daher zwar weiter zu, aber nicht im gleichen Ausmaß wie 1978. Die Aufkommenselastizität der Einnahmen geht, verglichen mit 1978, zurück und liegt mit 1,15 etwa im langjährigen Durchschnitt.

Diese *nachfragedämpfenden Wirkungen der Einnahmen* werden im Voranschlag 1979 durch eine *zurückhaltende Ausgabenentwicklung* zu ergänzen versucht. Die Steigerung der nachfragewirksamen Ausgaben, bezogen auf das Produktionspotential, liegt mit 0,78 (Elastizität) erheblich unter dem langjährigen Durchschnitt. Der Bund beabsichtigt, die Inanspruchnahme des Produktionspotentials einzuschränken. Sie liegt allerdings mit 27,0% noch immer über dem Durchschnitt der Jahre 1975/1977 (26,4%). Verglichen mit dem voraussichtlichen Ergebnis 1978 ist der Voranschlag 1979 aber als *leicht restriktiv* zu beurteilen. Diese Feststellung läßt sich durch einen Vergleich zwischen ungewichteten und gewichteten⁶⁾ Einnahmen und Ausgaben noch erhärten.

Übersicht 4

Entwicklung nachfragewirksamer Ausgaben und Einnahmen

	1976 Erfolg	1977 Erfolg	1978 Schätzung	1979 BVA
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Nachfragewirksame Ausgaben				
ungewichtet	+10,6	+7,1	+14,6	+5,3
gewichtet	+10,2	+6,7	+14,4	+5,1
Nachfragewirksame Einnahmen				
ungewichtet	+11,9	+10,8	+12,6	+7,7
gewichtet	+12,0	+10,8	+12,7	+7,8

Die gewichteten Ausgaben steigen mit 5,1% etwas schwächer als die ungewichteten nachfragewirksamen Ausgaben; bei den Einnahmen hingegen werden unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gewichte die Entzugseffekte größer, weil die gewichteten Einnahmen mit 7,8% etwas stärker zunehmen als die ungewichteten. Diese Unterschiede deuten darauf hin, daß die restriktiven Effekte noch etwas größer sind, als die globale Betrachtung vermuten läßt.

Zunehmende Verringerung des budgetpolitischen Spielraums

Die Verringerung des Budgetspielraums läßt sich an der unterschiedlichen Entwicklung der verschiedenen Budgetsalden und der geringeren Möglichkeit, die Nachfrage zu beeinflussen, deutlich erkennen. Das voraussichtliche Ergebnis 1978 zeigt, daß der Anstieg des Brutto-Defizits im Budgetvollzug deutlich höher

⁶⁾ Die Gewichte für die einzelnen Ausgaben- und Einnahmenkategorien wurden entnommen aus H. Seidel: Unsere Staatsfinanzen, Finanzbericht 1978 — Analyse und Perspektiven Wien 1978 S. 120.

Übersicht 1

Die Entwicklung der Kraftwerksleistung gemäß dem Ausbauprogramm der Elektrizitätsversorgungsunternehmen

	Regelarbeitsvermögen Wasserkraftwerke		Wasserkraftwerke		Engpaßleistung Wärmekraftwerke		Insgesamt	
	GWh	Veränderung in %	MW	Veränderung in %	MW	Veränderung in %	MW	Veränderung in %
1960	9 973 6		2 628 1		693 5		3 321 6	
1965	13 546 5		3 661 9		1 355 7		5 017 6	
1970	17 511 6		4 989 3		1 800 6		6 789 9	
1971	17 956 7	+2.5	5 186 8	+ 4.0	1 801 2	+ 0.0	6 988 0	+ 2.9
1972	18 032 2	+0.4	5 217 2	+ 0.6	1 792 8	- 0.5	7 010 0	+ 0.3
1973	18 699 0	+3.7	5 407 7	+ 3.7	2 024 8	+12.9	7 432 5	+ 6.0
1974	19 682 5	+5.3	5 523 3	+ 2.1	2 366 5	+16.8	7 889 8	+ 6.1
1975	20 171 5	+2.5	5 603 2	+ 1.4	2 959 5	+25.1	8 562 7	+ 8.5
1976	20 997 4	+4.1	6 050 9	+ 8.0	3 038 2	+ 2.7	9 089 1	+ 6.1
1977	22 307 1	+6.2	7 156 4	+18.3	2 997 8	- 1.3	10 154 2	+11.7
1978	23 254 8	+4.2	7 311 4	+ 2.2	3 567 8	+19.0	10 879 2	+ 7.1
1979	24 286 2	+4.4	7 578 4	+ 3.7	3 617 8	+ 1.4	11 196 2	+ 2.9
1980	25 238 5	+3.9	7 725 4	+ 1.9	3 677 8	+ 1.7	11 403 2	+ 1.8
1981	25 900 3	+2.6	8 492 9	+ 9.9	3 704 8	+ 0.7	12 197 7	+ 7.0
1982	27 754 1	+7.2	8 891 9	+ 4.7	3 794 8	+ 3.4	12 686 7	+ 4.0
1983	28 113 9	+1.3	8 999 9	+ 1.2	4 224 8	+11.3	13 224 7	+ 4.2
1984	28 323 9	+0.7	9 069 9	+ 0.8	4 387 8	+ 3.9	13 457 7	+ 1.8
1985	30 502 9	+7.7	9 537 9	+ 5.2	4 895 8	+11.6	14 433 7	+ 7.3
1986	30 758 9	+0.8	9 752 9	+ 2.3	5 215 8	+ 6.5	14 968 7	+ 3.7

Anmerkung

„Koordiniertes Kraftwerks-Ausbauprogramm der Verbundgruppe und der Gruppe der Landesgesellschaften für die Zeit von 1977 bis 1986“ ohne Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld. Engpaßleistung der Wärmekraftwerke auch nach 1978 einschließlich Voitsberg I, St. Andrä I und Timelkam.

Malta) und von Kraftwerken, deren Errichtung in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk steht (z. B. das Donaukraftwerk Altenwörth, das Wärmekraftwerk Simmering Block 1/2, das Wärmekraftwerk Theiß B). Die Engpaßleistung aller Kraftwerke der EVU wird Ende 1978 10 879 MW betragen (davon werden 2 943 MW auf Laufkraftwerke, 4 368 MW auf Speicherkraftwerke und 3 568 MW auf Wärmekraftwerke entfallen, das Regelarbeitsvermögen der Wasserkraftwerke wird 23 255 GWh erreichen), bis Ende 1982 dürfte sich die Leistung um 1 808 MW²⁾ auf 12 687 MW erhöhen (3 500 MW Laufkraftwerke, 5 392 MW Speicherkraftwerke, 3 795 MW Wärmekraftwerke; 27 754 GWh Regelarbeitsvermögen der Wasserkraftwerke). Der Leistungszugang wird im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1982 nur 3.9% pro Jahr betragen (der Zugang an Regelarbeitsvermögen der Wasserkraftwerke 4.5%) und damit deutlich geringer sein als die voraussichtliche Verbrauchszunahme.

Die Höhe des jährlichen Stromaustausches mit dem Ausland hängt vom witterungsbedingten Stromangebot im Inland und vom heimischen Strombedarf ab. Innerhalb bestimmter Grenzen kann der Inlandsbe-

darf durch den verstärkten Einsatz von Wärmekraftwerken und Speicherkraftwerken oder durch Stromimporte gedeckt werden. Der Außenhandel mit elektrischem Strom wird sowohl durch kurzfristige als auch durch längerfristige Verträge geregelt, die Verträge können einen Stromtausch (z. B. mehr Strom im Sommer gegen weniger Strom im Winter³⁾ oder einen Stromkauf vorsehen⁴⁾. Der Stromaustausch dient der Deckung der Grund- oder Trapezlast, seltener der Spitzenlast. Der künftige Stromtausch mit dem Ausland ist schwer abzusehen. Fixiert sind die Strombezüge aus Polen⁵⁾, außerdem dürfte sich mit der Inbetriebnahme des Speicherkraftwerkes Sellrain-Silz der Außenhandel mit elektrischem Strom stark erhöhen. Unterstellt man eine Energiepolitik vermehrter Stromimporte, dann könnte der Ausfuhrüberschuß von 3 965 GWh im Jahre 1977 bzw. voraussichtlich 2 550 GWh im Jahre 1978 auf 1 400 GWh im Jahre 1982 sinken.

Nimmt man eine im Vergleich zum bisherigen Trend mäßigere Zunahme des inländischen Stromverbrau-

²⁾ Zu den wichtigsten Bauvorhaben in dieser Periode zählen die Donaukraftwerke Abwinden-Asten mit 168 MW und Melk mit 181 MW, das Speicherkraftwerk Sellrain-Silz mit 701 MW, die Wasserkraftwerke Langenegg, Marchtrenk, Naßfeld, Spielfeld, St. Vinzenz, Hörsching, Zottelau, Bockhartsee und Talbach sowie einige kleinere Wärmekraftwerksbauten in Kärnten, der Steiermark, Niederösterreich und Oberösterreich.

³⁾ Im Außenhandel ist die Wertigkeit des elektrischen Stromes von besonderer Bedeutung. Elektrischer Strom hat einen unterschiedlichen Wert, je nachdem ob es sich um Band- oder Spitzenstrom, um Tages- oder Nachtstrom, um Winter- oder Sommerstrom handelt.

⁴⁾ Manche Vereinbarungen sehen auch eine finanzielle Beteiligung bei der Errichtung eines Kraftwerkes gegen spätere Stromlieferungen vor.

⁵⁾ Für die hohen Stromlieferungen ab 1983/84 muß allerdings erst eine Gleichstromkupplung gebaut werden.

Dienstleistungen der Kreditunternehmen in den Vorleistungen an Produktionsbereiche nicht enthalten. Sie werden daher unter der Bezeichnung „Imputierte Bankdienstleistungen“ erfaßt und von der Summe der Wertschöpfung der Produktionsbereiche abgezogen. Andererseits enthalten die Vorleistungen der Produktionsbereiche die Importabgaben als Warennebenkosten, obschon diese Bestandteil der Wertschöpfung sind. Die Korrektur erfolgt im Wertschöpfungsbereich „Importabgaben“. Schließlich wurde seit der Einführung der Mehrwertsteuer im Jahre 1973 die Entstehungsrechnung auf das „Netto-Konzept“ umgestellt. Der Wert der Brutto-Produktion und der Vorleistungen und dementsprechend auch die Wertschöpfung der Produktionsbereiche wurden ohne Mehrwertsteuer berechnet. Das gesamte Mehrwertsteueraufkommen wird in einem eigenen Wertschöpfungsbereich verbucht und damit global der ohne Mehrwertsteuer berechneten Wertschöpfungssumme der echten Produktionsbereiche hinzugefügt.

In der Verwendungsrechnung wurden aus dem privaten Konsum die Kraftfahrzeugsteuer und andere von privaten Haushalten entrichtete Steuern und Gebühren sowie die imputierten Bankdienstleistungen ausgeschieden. Gleichzeitig mit dem Einbau der „Revidierten Zahlungsbilanz“ in die VGR wurde das Konzept des Außenbeitrages geändert. Der Warenverkehr im Außenhandel enthält nunmehr auch den Transithandel, der in der alten Rechnung unter den Dienstleistungen erfaßt wurde. Aus der Dienstleistungsbilanz wurden ferner die „Kapitalerträge“, Patente, Lizenzen und „Autorenrechte“ als grenzüberschreitende Faktoreinkommen ausgeschieden. Sie sind nach dem Inlandskonzept dem Land zuzuordnen, wo sie entstehen, und nicht dem Land, dem sie zufließen (Grenzüberschreitende Lohnzahlungen werden als Überweisungen in der Transferbilanz ge-

bucht, die nicht zum Außenbeitrag gehört. In der gegenwärtigen Fassung der VGR werden demnach alle Gastarbeiter zur Wohnbevölkerung des Landes gerechnet, in dem sie arbeiten.) Die Neuberechnung der Reiseverkehrsströme berücksichtigt auch die Gastarbeitertransfers und die Schillingnoten- und -verkäufe im Ausland. Sie weicht zumindest in den weiter zurückliegenden Jahren von der „Reiseverkehrs“-Position der Dienstleistungsbilanz ab.

In der Verteilungsrechnung enthalten die „Brutto-Entgelte für unselbständige Arbeit“ (Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme) nicht mehr wie bisher die Familienbeihilfen (sie werden nunmehr als Transfereinkommen behandelt). Gleichzeitig wurden die Abfertigungen und die Beiträge zur Unfallversicherung in die Brutto-Lohnsumme einbezogen. Außer den Zinsen für die Staatsschuld werden in der neuen Verteilungsrechnung auch die Zinsen für Konsumentenschulden als negative Korrekturpost bei der Ermittlung des Volkseinkommens (und auch das verfügbare persönliche Einkommen) berücksichtigt. Ferner wurde der „Subventions“-Begriff ziemlich weit gefaßt. Als Subventionen gelten auch die Prämien für Sparleistungen der privaten Haushalte (Prämiensparen, Bausparen, Wertpapiersparen) und die Überweisungen des Staates an die Bundesbetriebe zum Ausgleich von Betriebsverlusten unter dem Titel „Betriebswirtschaftlicher Transfer des Bundes an Bundesbetriebe“.

Vergleich der alten und der neuen Rechnung

Die absoluten Werte der neuen VGR finden sich in den Tabellen 0 1 bis 0 3 der „Statistischen Übersichten“, die den „Monatsberichten“ des Wifo und den „Statistischen Nachrichten“ des Statistischen Zentralamtes beiliegen. Die mittel- und längerfristigen Ver-

Übersicht 1

Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes

	1964/1970	1970/1977	1964/1977	1964	1970	1977	1970	1977
	Reale Wachstumsraten in % (jährlich)			Anteile der Wirtschaftszweige am Brutto-Inlandsprodukt in %				
				nominell			real	
Land- und Forstwirtschaft	11	08	10	96	69	48	77	61
Bergbau	-03	-11	-07	11	07	06	08	06
Sachgüterproduktion	62	40	50	335	338	313	360	358
davon Industrie	63	40	51	255	251	236	277	275
Gewerbe	56	41	48	80	87	77	83	83
Energie- und Wasserversorgung	69	46	57	28	28	30	31	32
Bauwesen	48	45	46	86	82	93	86	88
Handel	45	46	45	182	182	172	178	184
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	60	54	57	60	60	57	64	70
Vermögensverwaltung	74	67	70	64	84	114	74	88
Sonstige Dienste	18	18	18	30	31	29	25	21
Öffentliche Dienste	33	35	34	100	111	131	91	87
Private Dienstleistungen ohne Erwerbscharakter	17	17	17	06	06	06	05	04
Häusliche Dienste	-70	-63	-66	02	02	01	01	01
Brutto-Inlandsprodukt zu Marktpreisen	49	42	45	100 0	100 0	100 0	100 0	100 0